

Herrn Präsidenten
des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

ZI. LE.4.2.4/0015-RD 3/2018

Wien, am 20. April 2018

Gegenstand: Schriftl. parl. Anfr. d. Abg. z. NR Doris Margreiter, Kolleginnen und Kollegen vom 22.02.2018, Nr. 299/J, betreffend österreichische Position zum Handelsabkommen EU-Mercosur

Die schriftliche parlamentarische Anfrage der Abgeordneten Doris Margreiter, Kolleginnen und Kollegen vom 22.02.2018, Nr. 299/J beantworte ich, nach den mir vorliegenden Informationen, wie folgt:

Zu Frage 1:

- *Werden Sie als zuständige Ministerin ihre Position in Zukunft selbst im Rat der EU vertreten, wenn dort über das EU-Mercosur-Abkommen beraten bzw. abgestimmt wird?*

Die Annahme der EU-Handelsabkommen erfolgt, nachdem die Europäische Kommission ein Abkommen fertig verhandelt und die Ergebnisse präsentiert hat, jedoch nicht im Rat Landwirtschaft/Fischerei, sondern im Rat Auswärtige Angelegenheiten/Handel unter der österreichischen Delegationsleitung der Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort. Im Rat Landwirtschaft/Fischerei werden die Zwischenergebnisse der Verhandlungen diskutiert, dort gibt es regelmäßig die Möglichkeit die kritischen Punkte der österreichischen Landwirtschaft zu Mercosur-Verhandlungen zu deponieren. Österreich ist damit nicht alleine: auch Amtskollegen aus zahlreichen anderen EU-Mitgliedsstaaten äußern regelmäßig kritische Bedenken.



Zu Frage 2:

➤ *Warum konnten Sie Ihre Kollegin Schramböck nicht von Ihrer Position überzeugen?*

In Österreich besteht eine gute und regelmäßige Koordinierung zwischen den Ressorts, unter anderem in den wöchentlichen interministeriellen Koordinierungssitzungen betreffend den handelspolitischen Ausschuss der Europäischen Union (Trade Policy Committee Deputies/Members). Die offensiven und defensiven Interessen in Bezug auf die Freihandelsabkommen werden dabei genau bewertet und mit den österreichischen Interessensvertretern besprochen. Die kritische Haltung des Agrarbereiches wurde auch in diesem Gremium regelmäßig artikuliert.

Derzeit liegen noch keine Verhandlungsergebnisse bzw. politische Einigungen beim Mercosur-Abkommen vor. Auch die Abkommenstexte müssten nach einer politischen Einigung noch finalisiert werden, bevor das Abkommen dem Rat für Auswärtige Angelegenheiten und dem Europäischen Parlament zur Annahme vorgelegt wird. Die kritische österreichische Positionierung betreffend den bisherigen Mercosur-Verhandlungsstand erfolgte vor allem im entscheidenden Verhandlungsjahr 2017 gemeinsam mit dem federführenden Wirtschaftsressort (Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort). Entsprechende Wortmeldungen wurden auf EU-Ebene im handelspolitischen Ausschuss, dem Rat Auswärtige Angelegenheiten/Handel, dem Rat Landwirtschaft/Fischerei und in Form gemeinsamer schriftlicher Noten bzw. Stellungnahmen, auch gemeinsam mit anderen EU-Mitgliedsstaaten, abgegeben. Im März 2017 wurde zum Beispiel ein kritisches Schreiben mit Bedingungen in Bezug auf die Freihandelsabkommen an die Europäische Kommission übermittelt, das von 12 Wirtschaftsministern (auch aus Österreich) unterschrieben wurde.

Zu den Fragen 3 bis 5:

- *Sollte Österreich ein Veto gegen das Abkommen einlegen?*
- *Auf welche Art und Weise wollen Sie sonst "eine klare und laute Stimme gegen dieses Abkommen" sein?*
- *Haben Sie außer der Rindfleischquote angesichts der teilweise angespannten menschenrechtlichen, sozialen, umweltpolitischen oder rechtsstaatlichen Lage in den beteiligten Mercosur-Staaten noch weitere Anforderungen an das Abkommen?*

Offene Märkte und Handel sind für Österreich sehr wichtig. Die meisten Arbeitsplätze werden durch die Exportwirtschaft abgesichert. Auch der EU-Agrar- und Lebensmittelsektor braucht zur wirtschaftlichen Existenzsicherung Exporte in Drittländer, vor allem als Absatzmarkt für (hoch) verarbeitete Qualitätsprodukte, die weltweit nachgefragt sind.

Erst beim Vorliegen eines vollständigen Verhandlungsergebnisses und der Abkommenstexte wird Österreich seine endgültige Position betreffend des Mercosur-Abkommens im Rat Auswärtige Angelegenheiten/Handel darlegen. Bis dahin bleibt die kritische Haltung zu einigen im bisherigen Verhandlungsergebnis nicht erfüllten Bedingungen, welche auch in gemeinsamen Stellungnahmen mit dem Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort in Richtung Europäische Kommission aufgezeigt wurden, aufrecht. Diese Bedingungen für ein gutes Verhandlungsergebnis sind unter anderem die Einhaltung von Standards und Lebensmittelsicherheit (akzeptable sanitäre und phytosanitäre Bestimmungen), eine bessere Verankerung des Vorsorgeprinzips und von Tier- und Herkunftsschutzanliegen, eine besondere landwirtschaftliche Schutzklausel, der Schutz von bestimmten sensiblen landwirtschaftlichen Produkten (angemessene Höhe von Importquoten), eine Studienvorlage zu kumulativen Effekten von allen Freihandelsabkommen auf die EU-Landwirtschaft, und ein verbesserter Marktzugang für die EU in die Mercosur-Länder. Die Bestimmungen bei Lebensmittelsicherheit wie beispielsweise die Absenz von Hormonen in der Fleischproduktion und Kennzeichnungsvorschriften wie beispielsweise bei Inhaltsstoffen betreffend gentechnisch veränderter Organismen von Produkten, sind nach geltendem Recht auch beim Import einzuhalten. Dies gilt unabhängig von Freihandelsabkommen.

Zu Frage 6:

- *Mit welchen NGOs haben Sie über das Abkommen gesprochen, bevor Sie diese kritisiert haben?*

Aus meiner früheren Position im Europäischen Parlament war ich bereits über den Verhandlungsstand und die Inhalte der Mercosur-Verhandlungen informiert und hatte in dieser Funktion in den letzten Jahren zahlreiche Kontakte zu Stakeholdern und NGOs.

Die Bundesministerin

